



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Heeresverstärkung 1913

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Heeresverstärkung 1913



mfang und Zusammensetzung jeder Armee werden bestimmt durch die Anforderungen, die der Generalstab an sie stellt. Der Generalstab, dem seinerseits die Pflicht obliegt, sich mit den Leitern der auswärtigen Politik dauernd über Ziele und Wege dieser Politik im Einvernehmen zu halten, ist somit dem Chefkonstrukteur einer voranstrebenden Maschinenfabrik vergleichbar, der seinen Ingenieuren und Zeichnern die Aufgaben zuweist und ihnen immer neue Probleme vorsetzt, um ihren Hirnen neues und immer besseres zu entlocken. Wer somit die allgemeine Heerespolitik eines Landes beurteilen will, muß in erster Linie wissen, welche Aufgaben den Leitern der auswärtigen Politik in jedem Augenblick obliegen und gleichzeitig, mit welchen Mitteln der Strategie und der Taktik der Generalstab diesen Aufgaben gerecht zu werden gedenkt. So ist denn auch Heerespolitik etwas dauernd fließendes, in der Entwicklung begriffenes, das ohne Nachteil für den Staat nicht in starre, unwandelbare Formen gepreßt werden darf. Nur ein Grundsatz bleibt unerschütterter fest bestehen: der Heeresapparat muß den Zwecken der Politik angepaßt bleiben. Da scheint es nun, als lebten wir in einem gewaltigen Widerspruch: unsere Diplomaten ebenso wie die Regierungen aller Länder beteuern, daß niemand an Krieg noch an Kriegsführen denke; jedes Volk will das friedliebendste auf Erden sein: jeder Regierungschef und Kriegsminister versichert, daß wir lediglich gegen einen Angriffskrieg gerüstet sein müssen. Und doch ist die Devise der Generalstäbler wohl aller Großmächte dieselbe: „Nur ein Angriff mit überlegenen Streitkräften gewährt eine gewisse Aussicht auf den Sieg“ und die alte Devise Kutusows, daß der Erfolg auf der Spitze des Bajonetts liege, hat die gesamte Ausbildungsarbeit aller Armeen durchdrungen. Der Angriff ist das Symbol des Sieges speziell für die deutschen Offiziere und Mannschaften.

Und doch handelt es sich für uns Deutsche um keinen Widerspruch. Das deutsche Volk hat zu zahlreiche und zu wertvolle Reichtümer zu verteidigen, als daß es leichtfertig genug sein könnte, sie durch einen Angriffskrieg aufs Spiel

zu setzen. Lediglich diese Reichtümer zu schützen ist die Aufgabe des deutschen Heeres, da sie aber den Meid der Nachbarn hervorgerufen haben, heißt es für uns besonders wachsam sein. Einmal aus dem Frieden aufgestört, soll im Aufspringen des deutschen Heeres soviel Kraft liegen, daß seine erste kriegerische Bewegung sich zum Angriff wandelt. Die Möglichkeit eines feindlichen Einfalls in deutsche Lande soll ein für allemal ausgeschlossen bleiben. Wenn im Kabinett des preußischen Kriegsministers nach Anweisung des Leiters der auswärtigen Politik auf den bekannten Mobilmachungsknopf gedrückt wird, soll eine Maschine in Gang kommen, deren Vorwärtsbewegung nur durch den Widerstand des Feindes jenseits der Grenzen gehemmt werden könnte oder aber durch den Befehl zur Demobilisierung.

Hieraus ergibt sich die Aufgabe für die Heeresleitung mit Bezug auf die innere Organisation des Heeres. Die allgemeine Bewachung des Friedens liegt der Diplomatie ob, die bezüglich reiner Militärfragen durch den Großen Generalstab, im übrigen durch die Presse unterstützt wird. Bei ihr liegen auch alle Mittel bloßer Defensiv; wird erst die Armee aufgerufen, dann gibt es nur Offensive, und durch diese Rollenverteilung klärt sich auch der scheinbare eingangs erwähnte Widerspruch restlos auf.

Zum Angriff gehören leichte Truppen, leicht bewegliche Truppenkörper, gehören zahlreiche gut und schnell schießende Infanteristen und Artilleristen, gehört eine zahlreiche, die Aufklärung energisch betreibende Kavallerie, gehören entsprechende Automobil- und Radfahrertruppen, Luftschiffe, Flugfahrzeuge, und was sonst die Technik erfunden hat, um dem Gegner möglichst unter die Wälle der Festungen zu gucken. Aber diesen Forderungen des Generalstabes stehen die außerordentlich schwer ins Gewicht fallenden Ansprüche der Intendantur entgegen: Verpflegung und Bekleidung, zu denen noch die immer kritischer werdenden Anforderungen an den Munitionserfaß treten.

Das Gepäck des einzelnen Mannes und Pferdes ist trotz aller Erleichterungsversuche heute so schwer, daß weder dem Schützen noch dem Reiter eine der Steigerung der Feuergeschwindigkeit entsprechende Zahl Patronen zugemutet werden könnte und es werden sogar Stimmen laut, die glauben, man könne dem Infanteristen einige Patronen abnehmen, weil die deutsche Infanterie bezüglich der Ausrüstung mit Munition allen anderen Infanterien überlegen ist. Was heute mehr an Munition gebraucht wird gegen früher, muß in besonderen Fahrzeugen der Truppe nachgefahren werden. Während in früheren Kriegen die Truppen in ihrer Beweglichkeit gehemmt wurden durch den überhandnehmenden Luxus bei den Offizieren, der die Trains unendliche Dimensionen annehmen ließ, sind es gegenwärtig die Munitionswagen und -Kolonnen, die die Bewegungsfreiheit der einzelnen Truppen ganz außerordentlich erschweren. Bei der Feldartillerie ist man bereits in einem solchen Stadium der Verlegenheit, daß sich eine starke Partei gebildet hat, die für die Verkleinerung der Batterien von sechs auf vier Geschütze eintritt (s. Grenzboten Heft 9 S. 431). Eine

ähnliche Kalamität muß über kurz oder lang auch bei den Maschinengewehrformationen eintreten, deren Munitionsverbrauch ja den der Artillerie um ein vielfaches überschreitet.

Die Frage des Munitionsersatzes, besonders bei der Artillerie, erhält ein um so ernsteres Gesicht, als wir nach den Erfahrungen der letzten Kriege, besonders aber des Krieges zwischen Rußland und Japan, damit rechnen müssen, daß unsere Gegner die offene Feldschlacht stets vermeiden werden, vielmehr selbst in der Offensive danach trachten werden, sich durch leichte Feldbefestigungen gegen unser Feuer zu schützen. Gegen solche Feldbefestigungen, deren Herstellung heutzutage nicht mehr ein Vorrecht der Pioniere ist, die vielmehr wie die großen Manöver in Ostpreußen im Jahre 1910 zeigten, ebenso von der Kavallerie hergestellt werden, wird eine ungeheuere Munitionsmenge verfeuert werden müssen, ehe der Angriff mit dem Bajonett möglich ist. Aber der Angriff selbst wird Menschenmassen notwendig machen, von deren Größe die Geschichte noch kein Beispiel kennt, was wieder unserem östlichen Gegner gegenüber die Störung der Mobilmachung notwendig erscheinen läßt, wodurch das Streben, schnell zur Offensive übergehen zu können, gerechtfertigt und der Ruf nach Kavallerie und Ausbau und bester Ausrüstung der heimischen Basis bedingt wird. So treibt ein Keil den anderen. Jedes Gewehr mehr bedeutet die Notwendigkeit der Verlängerung der Trains innerhalb der Marschkolonne der fechtenden Truppe, — jeder Mann mehr das gleiche, da die Lebensmittel für Wochen mitgeschleppt werden müssen und jedes neue Mittel zur Ausnutzung des Geländes macht wieder die Notwendigkeit größerer Mannschaftszahlen.

* * *

Wie sucht nun die neue Heeresvorlage diesen sich vielfach widersprechenden Forderungen gerecht zu werden? Ich habe schon in meinem Artikel im vorigen Heft gezeigt, welche Änderungen in der politischen Konstellation uns zwingen, tief in den Beutel zu greifen, um die Armee auf den Stand zu bringen, der den neuen Forderungen der Weltlage entspricht. Das Kriegsministerium zeigt sich dieser neuen Situation gegenüber durchaus auf der Höhe und wenn es im vorigen Jahre, selbst in solchen Kreisen die recht gut informiert zu sein pflegen, den Anschein erweckte, als wenn es dieser Aufgabe nicht gewachsen wäre, so muß heute anerkannt werden, daß der Schein durch die Tatsachen nicht bestätigt wird, daß es vielmehr die verfassungsmäßigen und parlamentarischen Begrenzungen, denen die Heeresleitung unterworfen ist, sind, die im wesentlichen Schuld daran tragen, wenn der Schein erweckt wurde. Und ich hebe dieses Moment um so schärfer hervor, als ich mich selbst im vorigen Jahre verleiten ließ, einen Vorwurf gegen das Kriegsministerium zu erheben, der sich tatsächlich nicht aufrecht erhalten läßt.

Ein Wort der Erklärung: Die immer wiederkehrenden heftigen Kämpfe um das Septennat sind noch in aller Erinnerung. Der Reichstag, oder besser, eine Anzahl Parteien, fühlten sich dadurch beschwert, daß sie die Kosten für

die Friedensstärke des deutschen Heeres stets auf sieben Jahre im voraus bewilligen sollten, und glaubten, daß sie dadurch an den ihnen zustehenden gesetzgeberischen Rechten gekürzt würden. Die Regierung trug diesen Bedenken der Volksvertretung insofern Rechnung, als sie sich im März 1899 mit dem Reichstage statt des Septennates auf ein Quinquennat einigte. Zugleich wurde ein Systemwechsel herbeigeführt. Die Feststellung der Friedenspräsenz erfolgt nicht mehr auf einmal über eine längere Reihe von Jahren hinaus, wie unter dem Septennatgesetz, sondern alljährlich durch den Etat, obwohl alle fünf Jahre ein Organisations- und Vermehrungsplan dem Reichstage vorgelegt wird. Daraus ergibt sich, daß die Heeresverwaltung die von ihr im Laufe eines Jahres geplanten und vom Reichstage auch schon gebilligten Änderungen in der Organisation des Reichsheeres nicht unverzüglich auszuführen vermag. Sie hat gebundene Marschrouten, die nur durch ein neues Ergänzungsgesetz geändert werden könnte. So enthält z. B. das Gesetz über die Friedenspräsenz des Heeres vom 27. März 1911 und das Ergänzungsgesetz dazu vom 14. Juni 1912 jene Änderungen in der Organisation des Reichsheeres, die nach den gesetzlichen Bestimmungen in den Jahren 1911 bis 1915 durchzuführen sind. Davon ist einiges bereits ausgeführt. Andere in dem Plane gebilligten Neuformationen sind z. B. aber erst in dem diesjährigen Etat enthalten und müssen noch vom Reichstage bewilligt werden. Kann die Volksvertretung dies auch nicht gut verweigern ohne den Vorwurf der Inkonsistenz auf sich zu laden, so darf doch die Heeresverwaltung nichts vorher verfügen, ehe das bestätigende Botum des Reichstages vorliegt. Wenn somit die Aufstellung einiger Neuformationen, die in den Friedenspräsenzgesetzen von 1911 und 1912 prinzipiell gebilligt worden sind, bisher noch nicht erfolgte, so liegt das nicht an den mangelhaften Vorbereitungen des Kriegsministeriums, sondern daran, daß sie von vornherein von der Heeresverwaltung nicht zu einem früheren Zeitpunkte vorgesehen waren und nunmehr nicht früher erfolgen kann, als bis sie die Kosten durch den Etat vom Reichstage angefordert und bewilligt erhalten hat. Dazu gehören auch die achtzig Maschinengewehrkompanien, die erst am 1. Oktober 1913 errichtet werden und die es gerade sind, weshalb ein Teil der Militärschriftsteller im vorigen Herbst den Kriegsminister tadelte.

* * *

Soviel von den Plänen über die neueste Heeresvorlage bekannt geworden ist, läßt sich annehmen, daß das Hauptaugenmerk des Kriegsministeriums gerichtet ist auf den inneren Ausbau der Armee, daß also größere Neuformationen und die Aufstellung von achtzig und mehr tausend Mann jährlich, wie von verschiedenen Seiten gefordert und behauptet wird, nicht zu erwarten steht. Abgesehen von der Aufstellung von achtzehn noch fehlenden dritten Bataillonen bekommt wirkliche Neuformationen wohl nur die Kavallerie, nämlich dreißig neue Schwadronen oder sechs Regimenter. Das würde einem langgehegten Wunsch entsprechen und vor allen Dingen auch der Notwendigkeit Rechnung tragen, die

Divisionskavallerie zu verstärken, die bei der heutigen Organisation vom ersten Mobilmachungstage an außerordentlich geschwächt wird. Im übrigen dürfte die Vermehrung an Mannschaften in erster Linie der Infanterie zugute kommen durch Auffüllung der bestehenden Kompagnien auf einen höheren Etat. Künftig soll der niedrige Etat hundertundsechzig Mann pro Kompagnie betragen, der hohe in den Grenzregimentern aber hundertundachtzig. Man wird diesen Ausweg, den hier die Armeeleitung gefunden hat, deswegen warm begrüßen können, weil die Mobilmachung dadurch erheblich erleichtert wird, ohne daß die Ausbildung gar zu sehr erschwert würde. Die zweijährige Dienstzeit erschwert es außerordentlich, neue Formationen aufzustellen, weil die Abgaben an ausgebildeten Mannschaften sehr leicht dahin führen, die Stammkompagnien ihres wertvollsten ausgebildeten Materials zu berauben, ohne daß die neuen Kompagnien nun auch einen wirklich guten Stamm zur Ausbildung der neuen Mannschaften erhalten können; zu große Kopfzahl würde dagegen die Einzelausbildung leicht ungünstig beeinflussen.

Im ganzen wird man mit einer Vergrößerung des Mannschaftsbestandes um achtundfünfzigtausend Mann rechnen dürfen, zu denen noch rund zehntausend Offiziere und Unteroffiziere treten. Es bleiben somit nur noch rund fünfundzwanzigtausend taugliche Staatsbürger vom Heeresdienst befreit. Als ein weiterer Fortschritt ist es zu begrüßen, daß nunmehr sämtliche Armeekorps zwei leichte Feldhaubitzbatterien, statt bisher eine, erhalten sollen. Die Feldartillerie meldet im übrigen mit Recht erhebliche Ansprüche an Pferden an. Im ganzen dürfte die neue Heeresvorlage fünfundzwanzigtausend Pferde anfordern. Erfreulich ist auch, daß nunmehr alle Feldformationen mit fahrbaren Feldküchen ausgerüstet werden sollen. Schließlich verlautet, nachdem die Versuche mit Luftfahrzeugen aller Art zu günstigen Ergebnissen geführt haben, daß auch der Ausbau der Luftflotte mit in die Armeevorlage hineingearbeitet worden ist. In Luftschiffen werden wir jedenfalls unseren Vorsprung gegenüber Frankreich behalten, mit Flugzeugen kommen wir den Franzosen dicht an die Gurten.

* * *

Die neue Heeresvorlage wird alle Neuformationen zum 1. Oktober 1913 fordern, soweit nicht, wie das bei einzelnen Verkehrstruppen der Fall ist, organisatorische Bedenken dies unmöglich machen. Die Etatsverstärkungen können natürlich nur in zwei Raten durchgeführt werden, indem am 1. Oktober 1913 der eine Jahrgang, im Herbst 1914 der andere Jahrgang entsprechend verstärkt wird und zwar jedesmal um die jährlich überschießenden etwa fünfzigtausend Tauglichen. Eine Kritik der Vorlage behalte ich mir vor, sobald die Einzelheiten besprochen werden dürfen.

G. Kleinow

